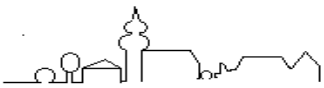

AbL-

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Landesverband Bayern e.V.

Regionalgruppe Allgäu

Geschäftsführer Michael Finger
Bichlweg 5
87561 Oberstdorf
ablallgaeu@gmx.de
08322 1329
www.abl-bayern.info

Partner der Marke Allgäu

Marktoberdorf / Oberstdorf, 02.03.2015

Pressemitteilung

CSU-Minister Schmidt will Gentechnik-Flickenteppich
Gesetzesentwurf der Bundesregierung ist Türöffner für Gentechnik-Industrie

„Der aktuell vorgelegte Entwurf zur Änderung des Gentechnik-Gesetzes zeigt, dass Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt auf regionale Verbote setzt. Damit ist ein Gentechnik-Flickenteppich vorprogrammiert. Jeder, der diesem Entwurf zustimmt, macht sich zum Türöffner der Gentechnik-Industrie“, so Georg Martin, Bauer aus Marktoberdorf und Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Die Änderung des Gentechnik-Gesetzes ist notwendig, um die sogenannte „opt/out – Regelung“ der EU in deutsches Recht umzusetzen. Diese räumt den Mitgliedstaaten ein, den Anbau von europaweit zugelassenen Gentechnik-Pflanzen auf ihrem Gebiet ganz oder teilweise zu verbieten. Verbieten konnten die Mitgliedstaaten den Anbau auch schon jetzt, wie das Beispiel des Gentechnik-Mais MON810 in acht EU-Staaten zeigt. Die neue Regelung soll den Mitgliedsstaaten mehr Verbotsmöglichkeiten eröffnen. Mit dem nun vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegten Gesetzentwurf werden die Ressorts um Stellungnahme gebeten. Danach kommt der Entwurf ins Kabinett.

Georg Martin weiter: „Mit dem vorliegenden Entwurf des Gesetzestextes soll nach Vorstellungen Schmidts den Bundesländern die Zuständigkeit zugeteilt werden, Gentechnik-Anbauverbote zu erteilen. Damit würde die Bundesregierung nicht

nur die Rechte an die Länder abgeben, Verbote auszusprechen. Die Bundesländer hätten dann auch den „Schwarzen Peter“ und müssten rechtssichere Verbotsgründe nennen, sich aber auch mit vorhersehbaren Klagen der Gentechnik-Konzerne auseinandersetzen. Das heißt viel Aufwand und Kosten auf Seiten der 16 Bundesländer. Auch für uns Bauern und die Lebensmittelverarbeiter ist das ein großes Problem. Saatgut, Futtermittel und Ernteerzeugnisse werden bundesweit gehandelt. Wenn ich meine Flächen ländergrenzenüberschreitend habe, gelten womöglich je nachdem auf welchem Acker ich stehe, unterschiedliche Anbauregelungen. Viele Allgäuer Flächen liegen aufgrund der Grenzen z.B in Baden-Württemberg oder sogar Österreich. Gentechnikfreie Lebensmittelerzeuger beziehen ihre Rohstoffe aus Bundesländern mit unterschiedlichen Gentechnikregelungen. Wer soll dann hier noch durchblicken – und wer soll den ganzen Mehraufwand bezahlen? Dafür hat Herr Schmidt keine Lösungen.“

Deshalb fordert die AbL Allgäu Bundesminister Schmidt auf, seinen Gesetzentwurf so zu ändern, dass für alle in der EU zugelassenen Gentechnik-Pflanzen automatisch vom Bund ein bundesweites Anbauverbot zu erlassen ist. „Wir fordern die beteiligten Ressorts, aber auch die Bundesländer auf, sich klar gegen den Entwurf zu stellen und nur bundesweite Verbote gelten zu lassen. Hier ist eine politische Entscheidung gefragt. Wo ein politischer Wille zu bundesweiten Verboten ist, findet sich auch ein rechtlicher Weg“ so der Geschäftsführer der AbL Allgäu Michael Finger. Auch die Bundesländer seien jetzt gefragt, die sich die Gentechnikfreiheit auf die Fahne zu schreiben. „Mein Heimatland Bayern kann nur dann weiterhin glaubwürdig für ein gentechnikanbaufreies Bayern werben, wenn ihm die CSU-Abgeordneten und der zuständige Bundesminister in Berlin nicht wieder in den Rücken fallen. Es ist allerhöchste Zeit, dass sie in Berlin so handeln, wie sie in Bayern reden. Die AbL Allgäu fordert sie auf, für deutschlandweite, umfassende Anbauverbote zu sorgen. Um einen europäischen Flickenteppich zu vermeiden. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei zukünftigen Zulassungsabstimmungen mit einem klaren „Nein“ zu stimmen und entsprechende Mehrheiten in Europa zu organisieren“, so Martin abschließend.

Michael Finger

AbL Allgäu